

Unter Vertrag ist ein Werk des Friedens, seine Aufgabe ist dem Frieden zu dienen. Er ist auch gegen niemand, der unsere Freiheit und Unabhängigkeit untergraben will, gerichtet.

Ich bin glücklich, daß ich unsere Gefühle und gemeinsamen Ziele auf diese Weise dokumentieren kann. Ich hoffe, daß dieser Vertrag Ihrem Lande Glück und eine ruhmvolle Zukunft bringen wird. Ich versichere Sie, daß Sie auf unsere treue, freundschaftliche und loyale Durchführung unserer Verträge rechnen können.

In diesem Sinne erlaube ich mir, Herr Minister, auf Ihr Wohl, auf das Wohl Ihres Staats und auf das Wohlergehen der Republik Polen zu trinken.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten Dmowski ergiff der Finanzminister das Wort.

Der polnische Minister des Äußern verließ Prag am 7. d. M. um 9 Uhr abends.

Das polnisch-tschechische Abkommen.

Prag, 8. November. (Pat.) Am 7. November um 6 Uhr 15 Min. nachmittags wurde im Schloß von Graden von Ministerpräsident Dmowski und Ministerpräsident Beneš auf Grund von Vollmachten zwischen Polen und der Tschechoslowakei ein politisches Abkommen unterzeichnet, das in den Hauptpunkten folgende Verpflichtungen enthält:

- 1) Garantie des Bestehens beider Staaten auf Grund von Verträgen, auf die sich die staatliche Organisation und ihre Unabhängigkeit stützt. Polen und die Tschechoslowakei werden sich über die Anwendung der von ihnen unterzeichneten Verträge, soweit es die Notwendigkeit und Umstände erfordern, verständigen.

- 2) Beide Staaten verpflichten sich für den Kriegesfall zur Wahrung eines wohlwollenden Neutralitäts und zur freien Durchfuhr von Kriegsmaterial.

- 3) Beide Staaten deklarieren ihr Desinteressement in Sachen Disziplin resp. des Slowakei. Infolgedessen verpflichten sie sich, jeder in seinem Lande die militärischen Formationen aufzulösen und jede aktive Propaganda zu unterbinden, die die Etablierung von Territorien eines der kontrahierenden Staaten bezweckt. Auch wird keine politische oder militärische Organisation gebildet, die gegen die Sicherheit beider Staaten gerichtet ist.

- 4) Befestigung der Konventionen mit anderen Staaten durch die Regierungen beider Staaten.

- 5) Eine Handelskonvention.

- 6) Streitigkeiten werden ad hoc gewählten Arbitern oder dem ständigen Schiedsgericht im Haag überwiesen.

- 7) Es darf von den Beteiligten kein anderes Abkommen mit einem anderen Staate getroffen werden, das diesem widerspricht.

- 8) Das Abkommen ist auf 5 Jahre getroffen worden. Es kann von jedem nach 2 Jahren gekündigt werden, wovon der andere Teil 6 Monate zuvor in Kenntnis gesetzt werden muß.

Es wird außerdem in Teschen, Brix und Drau eine besondere, paritätische, polnisch-tschechoslowakische Delegation mit weitreichenden Vollmachten gebildet, die die Beziehungen in diesem Gebiet in legaler, gleicher und gerechter Weise ordnen wird. Diese Delegation wird in 2 Subdelegationen, eine polnische und eine tschechische, geteilt, die in allen Fragen betreffend die Rechte der nationalen in den Gemeindefürsorge und politischen Regieren, Schulverhältnissen sowie auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Tätigkeit und besonders der Organisation der Arbeit intervenieren können. Ein besonderer Artikel verpflichtet beide Regierungen zur baldigen Erledigung der Sauerbrunn Frage durch eine unmittelbare und friedliche Verständigung.

Die Washingtoner Konferenz.

London, 8. November. (Sp.) Die englischen Delegationen werden die Fortsetzung der Konferenz auf die nächste Schanung unterstützen. Die Presse schließt hieraus, daß das Ende des englisch-japanischen Bündnisses entschieden ist.

Daily Mail: bestätigt, daß Präsident Harding bald nach der Konferenz nach London kommen soll. Der Besuch hat den Zweck, die amerikanisch-englische Annäherung zu festigen.

Paris, 8. November. (Sp.) Die Vertreter der größten amerikanischen Blätter haben gegen die geplante Schließung der Türen während der Konferenz protestiert. Präsident Harding soll angeblich aufseiten der Journalisten stehen.

Die Ansichten über die Dauer der Konferenz sind geteilt. Ein wahrscheinlicher ist eine Frist von über 10 Tagen.

Nach der Dekonstruktion des Ex-Königs Karl.

Bern, 8. November. (Pat.) Die hiesigen politischen Kreise werden ihre Verurteilung ausdrücklich der Verurteilung des verurteilten Königs in Sachen der Dekonstruktion des Hauses Habsburg aus.

Die Entwaffnung Ungarns.

London, 8. November. (Pat.) Daily Chronicle berichtet, daß zwischen den Großmächten und der kleinen Entente eine Verständigung in Sachen des Verfahrens bei der Entwaffnung Ungarns erzielt wurde. Die kleine Entente soll ein Militär-Subkomitee ins Leben rufen, das der internationalen Kommission Informationsmaterial liefern soll.

Verurteilung der Teilnehmer am Putsch.

Konstantinopel, 8. November. (Pat.) Die Staatsanwaltschaft beschloß ein Strafverfahren gegen den ehem. Minister des Äußern Dr. Gazi einzu-

stellen. Zu der Verurteilung wurde gleichzeitig eine Untersuchung im Zusammenhang mit dem Putsch des Exzessus eingeleitet.

Rußlands Tragödie.

Selingsford, 8. November. (Sp.) Der bekannte schwedische Industrielle Gustav Eriksson, der in Moskau Journalisten gegenüber: Die Tragödie Rußlands besteht nicht darin, daß dort die Volkswirtschaft regieren, sondern darin, daß es dort keine andere Partei und keine andere politische Gruppe gibt, die die Macht von den Volkswirtschaft übernehmen könnte. Der größte und einzige Feind des Volkswirtschaft ist nicht die Czar, nicht irgendwelche politische Organisationen, sondern die Anarchie, die eines Tages infolge der allgemeinen Desorganisation ausbrechen kann. Sollte es den Volkswirtschaft gelingen, diese niederzuringen, wonach sie auch streben, dann werde die Herrschaft der Volkswirtschaft für längere Zeit gesichert sein.

Unruhen in Japan.

Moskau, 8. November. (Polpreß.) Die „Zvezditsa“ melden, daß in Nagoya große Unruhen stattgefunden haben sollen. Während einer Versammlung der Reisskai-Partei, die zweimal von der Polizei auseinandergetrieben wurde, kam es zu einem Kampf, wobei einige Polizisten schwer verwundet wurden. Die Menge begab sich nach dem Redaktionslokal des Organs der Reisskai-Partei, „Shinagetsu“, wo eine Demonstration veranstaltet wurde. Das Redaktionslokal wurde von der Menge demoliert. Am folgenden Tage begannen die Unruhen von neuem. Die Menge demolierte die Villa des Stadtpräsidenten und das Elektrizitätswerk.

Verhaftung von Schwarzbörsern.

Danzig, 8. November. (Pat.) Gestern abend unternahm die Polizei vor dem Börsegebäude eine Razzia auf die dort operierenden Schwarzbörser. Alle anwesenden Personen wurden verhaftet. Unter ihnen befanden sich zahlreiche Ausländer, die bei der Polizei nicht angemeldet waren. Sie werden zwangsweise nach der Grenze abgeschickt.

Der Preisabbau in Lemberg.

Lemberg, 8. November. (Pat.) Den Blättern zufolge, bringen die polnischen Verleumdungs-Magazine zur Kenntnis, daß infolge des Steigens der polnischen Markt die Preise für sämtliche auf Lager befindliche Waren in Lemberg, Lwow und Krakau vom 8. d. M. um 30 Prozent erniedrigt werden.

Der Sejm.

259. Sitzung vom 8. November.

In erster Lesung werden den Kommissionen 8 Gesetze zugeordnet, worauf zur Besprechung des Gesetzes über die Kuroze und der Holung heimel geschritten wird. Berichterstatter Motiermann führt aus, daß das Gesetz eine staatliche Fürsorge für die Kuroze einführt, die bei einer entsprechenden Entwicklung mit dem Auslande erfolgreich konkurrieren könnten, ja sogar Konkurrenzlos in Europa dastehen würden. Die wichtigste Verbesserung der Kommission zum Regierungsentwurf ist der Vorschlag einer vorübergehenden Entzignung, wenn in den Kurozen sichergestellt wird.

Das Gesetz wird nach einer Erklärung Dr. Gchoros, des Leiters des Ministeriums für öffentliche Gesundheit, in 2. Lesung angenommen.

In 2. und 3. Lesung wird darauf, nach Zurückziehung der Novelle über die Einschränkung des Alkoholverkaufs, das Gesetz über den Verkauf von im Ausland Lande gelegenen staatlichen Bergwerksglänzen an Privatpersonen angenommen.

Abg. Gzizowski berichtet hierauf über die Anträge auf Auslieferung einiger Abgeordneter, worunter sich Anusz, Wasilewski, Perl und Piarer Dahowski befinden. Abg. Anusz hatte in einem Schreiben an das Kriegsministerium den General Russkowsky beleidigt. Die Kommission hat festgestellt, daß Abg. Anusz nur seine Pflicht erfüllt hat und daß die Forderung auf Verurteilung abzulehnen. Der Kommissionentwurf betr. Nichtauslieferung der Abgeordneten wird angenommen.

Das Gesetz über die Verurteilung der Eisenbahner bei Unglücksfällen wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Abg. Solomucha referiert über den Antrag betr. Hebung des Schulwesens in Pommern. Hierzu ergreifen mehrere Abgeordnete das Wort. Es werden sämtliche Resolutionen der Kommissionen angenommen, u. zwar 7 Resolutionen in Sachen der polnischen Schulpolitik in Pommern und einer Verurteilung der Polonisierung in diesem Gebiet sowie einer Subvention der Handwerkerkassen und in Sachen einer Subvention für das Marinekollegium in Velpin.

Angenommen werden gleichzeitig die Resolutionen des Abg. Swiniard in Sachen des Schulwesens in der Kaschau und des Abg. Samulowski über die Auslieferungbestimmungen zum Emigrationsgesetz.

Nächste Sitzung am Freitag.

Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. die Frage der Auslieferung der Abg. Krempa, Tchal, Piarer D. u. a.

Chronik u. Lokales.

Der handels-industrielle Rat.

In Warschau fand unter dem Vorsitz des Leiters des Industrie- und Handelsministeriums Dr. H. Strahburger eine Versammlung des handels-industriellen Rates statt. An den Beratungen nahmen teil: der Finanzminister Herr Michalski, Minister des Innern Dmowski, der Arbeitsminister Darowski, der Präsident der Direktion der polnischen Landes-Darlehnskasse Wlas und andere. Der erste Teil der Versammlung war den Fragen der ausländischen Handelspolitik gewidmet. Der Rat sprach sich für die Notwendigkeit der unmittelbaren Verständigung der handels-industriellen Welt mit unseren Konsuln und Handelsräten im Auslande aus.

In Sachen des Handels mit Rußland erklärte sich der handels-industrielle Rat auf Antrag der Herren Lempiert und Kozłowski für die energische Bekämpfung des illegalen Handels.

Zu der obersten Frage machten die Vertreter der Industrie- und Handelsministeriums die Herren Kozłowski und Chobkiewicz die Anwesenenden mit den Anschauungen der Regierung auf die Wirtschaftspolitik in der Beschlusse des Wirtschaftsrates einhalten, bekannt, worauf nach einer kurzen Aussprache eine Kommission gewählt wurde, die mit der Regierung an der Vorbereitung des Vertragentwurfes mitarbeiten soll.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der handels-industrielle Rat in Anwesenheit des Finanzministers zur Prüfung der Frage der industriellen Kredite, wobei die Mitglieder des Rates die Stellungnahme des Finanzministeriums und der polnischen Darlehnskasse in Sachen der Krediterteilung für die Bedürfnisse der industriellen Unternehmungen akzeptiert haben. Herr Alberg sprach dabei die Ansicht aus, daß in Sachen der Verstaatlichung der Anlagen der Altkommunikation, die Rolle des Industrie- und Handelsministeriums sowie des Finanzministeriums sich auf die Befestigung der Nebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung dieser Sagenheiten mit der obligatorischen Gesetzgebung beschränken sollte. Die Minister des Handels und der Finanzen bemerkten ihrerseits, daß sie diese Ansicht nicht teilen können, weil bei Verstaatlichung der Altkommunikation im gegenwärtigen Augenblick auch die Motive der Wirtschaftspolitik in Betracht gezogen werden müssen.

Nachdem der Finanzminister die Versammlung verlassen hatte, sprachen die Mitglieder des Rates noch eine Reihe von Bemerkungen über die Höhe des Kredits aus, den die Industrie zum Weiterbetriebe der Fabriken nötig hat.

Herr Zwaliński sprach über die bisherige Tätigkeit des Industrie- und Handelsministeriums im Bereiche der Vergünstigungsdarlehen für die Industrie und der sog. „Kredit“-Kredite, die Polen von einigen ausländischen Staaten erteilt werden.

Herr Direktor Swiackowski referierte ab dann über die Verteilung der Kohle und über die damit verbundene Frage des Kohlenkomitees.

Zum Schluß erklärte sich der handels-industrielle Rat auf Antrag des Vorsitzenden der Krakauer Kammer Epstein für die Nichtaufschließung der handels- und industriellen Lokaltäten aus dem Mietvertragsgesetz. Es wurde, sobald die Frage der möglichst schnellen Aufhebung des Gesetzes über den Warenumsatz im Auslande berührt, sowie die Frage der Erhöhung des Eisenbahntarifs, im besonderen für den Holztransport, für den die neuen Sätze zu hoch sind.

Veranstaltungsfelder.

Auf dem alten evangelischen Friedhofe wurde gestern Nachmittag unter zahlreicher Beteiligung von Leidtragenden die herbliche Halle der Frau Mausfakturalin W. A. Kunze zur Grabrede gehalten und in dem Mausoleum an der Seite ihres Gatten Julius Kunze zur ewigen Ruhe gebettet. Der Sarg mit der Leiche war in der Friedhofskapelle aufgebahrt, wo Konsistorialrat Paltas H. Gumbach nach einer kurzen Ansprache an die Trauergemeinde das Gebet verrichtete. Vor hier wurde der Sarg mit der Leiche nach dem in der Hauptallee gelegenen Mausoleum getragen und dort in der Gruft verankert. Von der obersten Stufe des Mausoleums hielt Herr Pastor Gumbach eine eindringliche Rede, in welcher er das Charakterbild der Heimgegangenen in liebevoller Weise skizzierte. Er hob hervor, daß er, einem Wunsche der Heimgegangenen und der Familie nachkommend, von einem Aufzählen der großen und vielseitigen Verdienste der Verstorbenen auf dem weiten Felde der Philantropie abließ, seinem Herzenbedürfnis aber nachkommen muß, ihr im Namen des Lebenden christl. Wohltätigkeitsvereins, dessen langjähriger verdienstvoller Präsident sie war, der verstorbenen Mausfakturalin Julius Kunze gewesen und den auch die Verstorbenen mit ihrem Wohlwollen reichlich bedacht, Worte des Dankes und der Huldigung in das lebhafte Grab nachzusenden, ebenso auch im Namen des evangelischen Waisenhauses, das die Verstorbenen ganz besonders in ihre Herz geschlossen hatte, des Hauses der Barmherzigkeit, des Jungfrauenvereins, dessen Mitbegründerin Frau Kunze gewesen, des Kirchen- und Gesangsvereins, des Kirchenkollegiums, sowie der gesamten Gemeinde der evangelischen Kirche, die in ihr eine ihrer edelsten Vertreterinnen verloren hat. Die herzhafte Ansprache des Pastors, die einen schönen Kranz von Erinnerungen bildete, machte auf alle einen tiefsten Eindruck. Auch wir legen im Geiste am Grabe unserer heimgegangenen edlen Mitbürgerin einen Kranz nieder, geslochten aus Anerkennung, Dankbarkeit und Liebe.

* Nekrolog. In der Nacht zum 4. November verschied in Karlsbad der hiesige Bürger und Inhaber einer der ältesten hiesigen Wägen- und Porzellanfabriken Ch. A. W. A. Kunze im Alter von 69 Jahren. Der Verstorbene war Mitglied des Verwaltungsrats der Aktien-Gesellschaft für keramischen Export „Kerag“ in Karlsbad, als auszeichneter Geschäftsmann von streng soliden kaufmännischen Grundsätzen befeuert, erfreute er sich allgemeiner Sympathie und Verehrung. Nach einunddreißig Jahren leitete er mit Glück und

guter Verstandes sein hiesiges Geschäft, wobei er stets auch der Armen und Hilfsbedürftigen gedachte. Ein ehrenvolles Andenken wird ihm in hiesiger hiesiger Friedhofe in Karlsbad statt. Er ruhe in Frieden!

* Die gestrige Stadtverordnetenversammlung fand unter dem Vorsitz des Dr. Hohenblatt statt. Aus einem verlesenen Bericht des Magistrats ist ersichtlich, daß die Einnahmen des Magistrats im Monat Oktober d. J. 173 Millionen und die Ausgaben 182 Millionen betragen, so daß ein Defizit von 9 Millionen zu verzeichnen ist. Ab dann gelangte ein Schreiben des hiesigen Technikervereins in der Angelegenheit seines Mitgliedes Ing. Konarzewski, der Leiter der Abteilung für Maschinenbau ist, zur Besprechung. Gegen Ing. Konarzewski wurde ein disziplinarisches Verfahren eingeleitet, weshalb er vom Amte suspendiert wurde, und was auf Anordnung der Stadtverordneten-Kommission, die sich mit der Angelegenheit des Herrn Konarzewski beschäftigt. Der Technikerverein verlangte nun in dem Schreiben, daß zu der Stadtverordneten-Kommission ein Vertreter des Technikervereins zugelassen werde. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung droht der Technikerverein, seine Mitglieder, Techniker und Ingenieure, die im Magistrat angestellt sind, von ihren Posten zurückzuziehen. Der Verein verlangte Antwort auf sein Schreiben bis Mittwoch, den 8. d. M. 12 Uhr mittags. In dieser Angelegenheit entwickelte sich eine lebhaft Diskussion, an der die Abgeordneten Hapalski, Prager, Pogonowski, Gellmann, der Stadtpräsident und der Vizepräsident teilnahmen, worauf der Antrag des St. V. Hapalski, daß die Stadtverordnetenversammlung über das Ultimatum des Technikervereins zur Tagesordnung übergeht, angenommen wurde.

Der Magistrat brachte sodann einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Erhöhung der Gehälter der Angestellten des städtischen Theaters ein. Die Dringlichkeit des Antrages wurde angenommen. Der Magistrat proponierte eine Erhöhung um 50% vom 1. November. Der Vorschlag des Magistrats wurde angenommen.

In Sachen der Renovierungsarbeiten in den öffentlichen Schulen ergriß der St. V. Herr Uta das Wort und unterzog die Tätigkeit der Bauabteilung des Magistrats einer scharfen Kritik, wobei er feststellte, daß durch die Nachlässigkeit dieser Bauabteilung der Stadt Millionenverluste zugefügt wurden. Er verlangte die Entlassung der unschönen bzw. nachlässigen Angestellten der Bauabteilung und Verurteilung der Schuldigen. Der Leiter der Bauabteilung Herr Krudt konnte die Vorwürfe des Herrn Uta und anderer Stadtverordneten, wie Gellmann, Hapalski, nicht entkräften. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des St. V. Uta angenommen.

Hierauf wurden die Anträge a) des Magistrats bezüglich: 1. Aufnahme einer kurzfristigen Anleihe aus dem Staatsschatz im Betrage von 78 Millionen Mark zur Auszahlung einer einmaligen Unterstüzung an die städtischen Angestellten für August d. J., zur Deckung der Ausgaben für die Eröffnung neuer Volksschulen in Lodz sowie zur Deckung des Verwaltungsbudgets der Stadt Lodz für die Monate August und September, 1921 (2. Beschlußfassung); 2. Aufnahme einer Anleihe bei der Regierung im Betrage von 2 Millionen Mark zum Bau des Schulgebäudes in der Bagajnikowstraße (1. und 2. Beschlußfassung); 3. Aufnahme einer Anleihe bei der Volksbank in Warschau in Höhe von 120 Millionen Mark zur Deckung des Verwaltungsbudgets der Stadt Lodz, angenommen.

* Willige Kohle. Aus Katowitz trifft die Nachricht ein, daß Dr. Josef Kiedron, Chef der Bergwerksabteilung beim Obersten Hofrat in Oberschlesien erklärt haben soll, die Kohlengruben in Oberschlesien arbeiten zurzeit normal, die Kohle gehe vorwiegend nach Deutschland, etwas nach Italien, der Tschechoslowakei und Österreich, nebedeutende Mengen nach Ungarn, Danzig und Polen. Die Beschränkung der Ausfuhr zähle von dem Streit um die angeblich vom Polen eingehaltenen Waggons her. Der Streit werde in den nächsten Tagen beigelegt und dann werde Polen ca. 350.000 Tonne n Kohle monatlich erhalten, welche Menge vollkommen für die polnische Industrie genügt. Infolge Sinkens der deutschen Mark werde die oberste Kohle billiger sein, als die Dabrowa- und Krakauer.

* Der evang.-luth. Jünglingsverein der St. Trinitatis-Gemeinde feierte am Sonntag, den 8. November, sein 23. Stiftungsfest. Zu dieser Feier hatte der Verein ein schönes und reichhaltiges Programm vorbereitet. Die Feier wurde mit dem gemeinsamen gesungenen Lied: „Ein feste Burg“ eröffnet. Darauf wurde das Lied: „Vorfestigung“ von den Jünglingen vorgetragen. Aus dieser Aufführung konnten die sehr zahlreichen zugehenden Gäste des Vereins, welche den geräumigen Saal in geradezu beängstigender Weise füllten, ersahen, wie ein Fest zu Stande kommt. Dem Vortrage folgte ein stimmungsvoller Vortrag, worauf der Gesangschor unter Leitung des Herrn Robert Ritter das Lied „Der Herr ist mein Zuversicht“ von H. Klein sang. Mit Begeisterung können wir diesmal einen recht schönen Fortschritt des Chores feststellen. Man hielt der Vizepräsident des Vereins Herr Pastor Gubian die Festansprache. Nebenher ließ die Gäste herzlich willkommen und stellte Luther der es, männlichen Jugend als Vorbild hin. Was dem Wunsche, der Verein möge auch weiterhin wachsen und gedeihen, schloß Herr Pastor Gubian seine Ausführungen. Der Chor sang nun noch das Lied „Die Kapelle“ von R. Krengel. Nach einem hierauf gesprochenen Gedichte trat der Magistrat auf. Der diesmal vollbesetzte Chor erteilte dank der unschätzbaren Leitung seines Dirigenten Herrn Gottfried Leschner wohlverdienten stimmungsvollen Beifall. Es wurde aber auch wirklich Beachtenswertes geleistet, z. B. Beispiel in der Wiedergabe der Ouvertüre zur Op. „Tina“ von W. A. Mozart. Den Musikdarbietungen folgten Stadtbildungen, welche von der Bauabteilung erst angefertigt wurden. Nicht endenwollenen Beifall ernteten die von den Sängern gestellten Pyramiden. Herrn Ludwig, dem Leiter der Bauabteilung, gebührt ein Lob für seine ungeheure unermüdete Arbeit. Auch das Dank-

Gratz, 8. November. (Pat.) Die Tagespost
meldet aus Prag, daß in Anbetracht des ungeheuren
Sturzes des Devisenmarktes, die Frage einer Beschrän-
kung des Moratoriums erwogen wurde.
Der Finanzminister brachte einen Antrag ein,
wonach der Handel mit ausländischen Devisen mo-
nopolisirt werden soll.

